

Nr. 5

April 2005

Informationen der CDU-
Gemeinderatsfraktion
Karlsruhe

Redaktion
Gabriele Luczak-Schwarz
Kerstin Rudolph

V.i.S.d.P.
Kerstin Rudolph



Ihre CDU - Fraktion in Karlsruhe

Sie erreichen uns über unsere
Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin
Kerstin Rudolph

Hebelstraße 13
76133 Karlsruhe

Fon 0721 - 2 95 94
Fax 0721 - 2 86 63

Email
cdu@fraktion.karlsruhe.de

Web
www.karlsruhe.de/gemeinderat/
cdu-fraktion

Herzliche Einladung zum Jahresempfang 2005

von CDU-Gemeinderatsfraktion
und CDU-Kreisverband
Karlsruhe-Stadt am

Montag, 25. April 2005
19.30 Uhr

im Konzerthaus Karlsruhe
Festplatz Karlsruhe

Festredner

Günther H. Oettinger MdL
Vorsitzender der CDU-
Landtagsfraktion

designierter Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg

mit anschließendem
Stehempfang

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
und die persönlichen Gespräche
mit Ihnen!

Doppelhaushalt 2005/2006: Zahlreiche Akzente gesetzt

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Anfang März beriet der Karlsruher Gemeinderat zwei Tage lang über den Doppelhaushalt für die Jahre 2005/2006. Mit dem dabei erzielten Ergebnis ist die CDU-Fraktion insgesamt sehr zufrieden, zumal wir in vielen Bereichen sowohl Kompromisse anstoßen als uns auch mit unseren eigenen Anträgen durchsetzen konnten.

In seinem im Dezember 2004 eingebrachten Haushaltsentwurf hatte Oberbürgermeister Fenrich den Themenbereich **"Bildung und Betreuung"** bereits zum Schwerpunkt gemacht und zahlreiche wichtige Projekte in den Haushalt aufgenommen. Diesen Weg wollten wir bei den Haushaltsberatungen mitgehen, darüber hinaus aber weitere Akzente in diesen Bereichen setzen. Denn, so lauteten zwei Leitgedanken meiner Haushaltsrede vom 1. Februar 2005, "Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen - Bildung muss oberste Priorität haben" und "Familienfreundlichkeit ist auch ein Standortfaktor und die Stärkung frühkindlicher Bildung und Erziehung in Familie und Kindertagesstätte ist die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen, für die stärkere Entkoppelung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung und damit der Schlüssel dazu, dass jede Begabung sich entfalten kann."

Vor diesem Hintergrund beantragten wir, die Mittel für die **Schaffung von Betreuungseinrichtungen** auf jeweils zwei

Millionen Euro für 2005 und 2006 zu erhöhen. Diesem Antrag wurde letztlich auch zugestimmt, worüber wir hochofret sind.

Es besteht somit die Möglichkeit der weiteren Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten. Die CDU-Fraktion wird sich jedoch auch künftig für ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes, qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot stark machen. Durch die vermehrte Einführung von Ganztageschulen bietet sich die Möglichkeit, Vereine in die Nachmittagsbetreuung einzubinden. Auch auf unsere Anregung hin wurden hier 80.000 Euro pro Haushaltsjahr für die Kooperation von Schulen mit Sportvereinen bereitgestellt.

Um den Kindern und Jugendlichen in der Waldstadt endlich wieder einen adäquaten Treffpunkt bieten zu können, haben wir uns für den Neubau des dortigen 40 Jahre alten, sehr maroden **Kinder- und Jugendtreffs** eingesetzt. Einstimmig beschloss der Gemeinderat, dass in unmittelbarer Nähe des Waldstadt-Zentrums ein neues Gebäude errichtet werden soll.

Kinder und Jugendliche sollen auch an den vielfältigen kulturellen Angeboten unserer Stadt
(Fortsetzung auf Seite 2) >>



Fraktionsvorsitzender
Wolfram Jäger



>> (Fortsetzung von Seite 1)

Gefallen finden und ihre eigenen Fähigkeiten einbringen können. Da das **Kinder- und Jugendtheater** mit der Schließung des Bluemix seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bereits erbracht hatte, waren wir der Meinung, dass dort keine weitere Kürzung vorgenommen werden darf. Auf unseren Antrag hin wurden deshalb für entsprechende Theaterproduktionen für die Jahre 2005 und 2006 jeweils 25.000 Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt. Unserem Antrag wurde auch bei der Erhöhung der Mittel für den Medienbereich der Stadtbibliothek entsprochen: 290.000 Euro stehen hier nun für jedes Haushaltsjahr zur Verfügung. Damit vor allem Kinder und Jugendliche neben der Nutzung von neuen Medien wieder häufiger zu "herkömmlichem Lesestoff" greifen, würden wir uns wünschen, dass der erhöhte Betrag verstärkt in die Anschaffung von Büchern investiert wird.

Aber auch die "ganz Kleinen" und ihre Eltern hat die CDU-Fraktion nicht vergessen: Entsprechend unserem Antrag hat der Gemeinderat entschieden, das Projekt "**Frühe Hilfen**" mit einer halben Stelle, die durch Umschichtung innerhalb des Sozialhaushalts zu finanzieren ist, auszustatten.

Außerdem wurde auf unsere Initiative hin die Schaffung eines/einer **Familienbeauftragten** beschlossen. Diese neue Aufgabe, die der Koordinierung der vielfältigen Fragen, Probleme und Nöte im Familienbereich dienen soll, sollte nach unserer Ansicht - ohne dass eine zusätzliche Personalstelle geschaffen werden muss - entweder im Büro der Frauenbeauftragten oder im Jugendamt angesiedelt werden. Die Verwaltung ist aufgefordert, hier konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Das Thema **Sportförderung** hat für die CDU-Fraktion ebenfalls hohe Priorität. Folglich haben wir für eine Erhöhung der investiven Sportfördermittel plädiert, um so einen Beitrag zum Abbau des vorhandenen Antragsstaus zu leisten. Im **Kulturbereich** haben wir zusammen mit den Fraktionen von FDP/Aufbruch und KAL zahlreiche Mittelerhöhungen durchsetzen können. Weiterhin war uns die **Sanierung des Frauenhauses** ein besonderes Anliegen, weshalb wir uns aktiv für die Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von 40.000 Euro eingesetzt haben.

Die **Arbeit des Behindertenbeirats** halten wir für unverzichtbar. Unser Engagement galt folglich auch dem Ziel, behinderten Menschen eine uneingeschränkte Nutzung öffentlicher Gebäude zu ermöglichen. Nicht alle notwendigen Maßnahmen können - da häufig ein erheblicher finanzieller Aufwand erforderlich ist - sogleich verwirklicht werden, aber der Zugang zum Rathaus-West und die Schaffung einer weiteren behindertengerechten Toilette in diesem Gebäude sind nun ebenfalls im Haushalt enthalten.

Die Veränderungen, die im Bereich der Innenstadt durch ECE-Center und Kombi-Lösung anstehen, dürfen nicht dazu führen, dass unsere sogenannten **B-Zentren Durlach und Mühlburg** ins Hintertreffen geraten. Wir sehen deshalb die auf unseren Vorschlag hin beschlossene Einführung der "**Brötchentaste**" als sinnvolle und hilfreiche Möglichkeit zur Steigerung der Attraktivität dieser beiden Stadtteile an. Wir hoffen, dass sich die einjährige Probephase bewähren wird und infolgedessen letztlich eine Einführung im Innenstadtbereich ebenfalls in Erwägung gezogen werden kann.

Zu guter Letzt wurde auf Antrag der CDU-Fraktion der Einstieg in die Verwirklichung des **Ausbaus der B 36** zwischen Siemensallee und Sudetenstraße mit den Stimmen von CDU, FDP/Aufbruch und KAL beschlossen. Wir freuen uns, dass das bestehende Nadelöhr im Bereich Mühlburg/Nordweststadt bald beseitigt werden kann.

Alle unsere Anträge zum Doppelhaushalt sowie die Haushaltsrede können Sie auf unserer Homepage nachlesen oder bei der Geschäftsstelle in der Hebelstraße anfordern. Gerne können Sie sich bei Fragen natürlich auch an jedes Mitglied Ihrer CDU-Fraktion wenden!

Ihr
Wolfram Jäger
Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion will Betreuungsangebot auch für die ganz Kleinen

Im Rahmen der Haushaltsrede führte der Fraktionsvorsitzende Wolfram Jäger aus:

"Kindertagesstätten haben den Auftrag zur Erziehung, zur Bildung und zur Betreuung. Dieser Auftrag muss gestärkt werden durch eine verbesserte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, die befähigt sein müssen, den ihnen anvertrauten Kindern altersgerechte erste Wege in die Wissensgesellschaft zu eröffnen. Dazu gehören eine Stärkung der Sprachkompetenz, der musischen und bewegungsorientierten Erziehung und Bildung, eine Förderung der Kinder mit dem Ziel, die rechtzeitige Einschulung zu ermöglichen und das Aufarbeiten von Defiziten benachteiligter Kinder.

Dazu kam dieser Tage eine überraschende Rechnung vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg auf den Tisch, wonach jeder Euro, der zusätzlich in den Ausbau der Kinderbetreuung fließe, doppelt in die Staatskasse zurückkäme. Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes würde bei einem Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder unter drei Jahren entsprechend den Wünschen und Bedürfnissen der nichterwerbstätigen Mütter der Staat bis zu 7,3 Milliarden Euro mehr verbuchen, zuzüglich dem Beitragszuwachs in der Sozialversicherung, der sogar darüber hinaus in den zweistelligen Milliardenbetrag ginge. Der Haken an der Geschichte ist allerdings, dass die Kommunen, die mit einem hohen Prozentsatz den Kindergartenbetrieb finanzieren, nur 15 Prozent des Einkommensteueraufkommens erhalten. Des ungeachtet wollen wir als Kommune

unsere insoweit vorhandene gesellschaftspolitische Pflicht erfüllen. Mit den von der Bundesregierung dafür zur Verfügung gestellten 1,5 Milliarden Euro ist diese ehrgeizige Zielsetzung allerdings nicht zu finanzieren.

Das Statistische Landesamt macht in derselben Untersuchung übrigens noch eine weitere Rechnung auf: Die Demoskopien erwarten, dass durch die sinkende Geburtenrate die Zahl der Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung landesweit um 64.000 sinkt. Durch die Umwandlung dieser in den Regelkindergärten nicht mehr benötigten Plätze ließen sich rechnerisch bis zu 36.000 Ganztagesplätze ohne zusätzliches Geld finanzieren. Für jedes fünfte Kind im Lande gebe es dann eine Ganztagesbetreuung. Da zudem viele Mütter nur halbtags berufstätig sind, sei es teils vor-, teils nachmittags bzw.

im Wege von Jobsharing, ließen sich so bei intelligenter Handhabung ebenfalls zusätzliche Plätze - durch Platz-Sharing - gewinnen. Hier ist Kreativität gefragt, die wir von unserer Sozial- und Jugendbehörde erwarten."

Anfang März haben Stadtrat Wolfram Jäger und die Stadträtinnen Christiane Staab und Bettina Meier-Augenstein sowie die CDU-Fraktion hierzu folgenden Antrag an die Stadtverwaltung gerichtet: Die Verwaltung prüft, ob und wie an vor-

handenen Betreuungseinrichtungen kurzfristig ein "Platz-Sharing" für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren eingeführt werden kann.

Begründung:

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass ein vielfältiges, am Bedarf und vor allem am Elternwillen orientiertes qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für Kinder

vorhanden sein muss.

Viele Eltern arbeiten z.B. halbtags oder lediglich an ein oder zwei Tagen in der Woche und wünschen auch nur für diesen Zeitraum eine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder. Während der "Restzeit" könnte der dann freie Platz somit von Eltern, die sich in vergleichbarer Situation befinden, genutzt werden.

Damit könnten nach Auffassung der CDU-Fraktion kurzfristig Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden. Gleichzeitig könnten diejenigen Eltern finanziell entlastet werden, die weniger Betreuung benötigen als sie bezahlen müssen.



Karlsruhe - Jetzt erst recht!

Die CDU-Fraktion bedauert es außerordentlich, dass Karlsruhe aus dem Wettbewerb um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2010" ausgeschieden ist. Wir gratulieren Essen und Görlitz sehr herzlich und wünschen den beiden Städten für das weitere Bewerbungsverfahren viel Erfolg. Dennoch: Karlsruhe hat sich mit Recht beworben. Unsere Bewerbung war anspruchsvoll, kreativ, ideenreich und hatte vor allem - und im Gegensatz zu den übrigen Bewerberstädten - ein inhaltliches Schwerpunktthema, das Recht. Karlsruhe ist Sitz der höchsten deutschen Gerichte und hat dieses Alleinstellungsmerkmal in die Waagschale geworfen. Mit dieser Bewerbung hat Karlsruhe auf sich und seine vielfältigen, sehenswerten und teils einzigartigen kulturellen Einrichtungen und Stärken aufmerksam gemacht.

Der Lohn: Die Jury hat sich sehr positiv zum Karlsruher Bewerbungskonzept geäußert. Unsere Stadt ist deutschlandweit und auch darüber hinaus bekannter geworden. Darauf müssen und können wir aufbauen. Die CDU-Fraktion wird sich deshalb dafür einsetzen, dass unsere Stadt in einem immer weiter zusammenwachsenden Europa ihre Ideen einbringt. Als Gemeinde, die in unmittelbarer Nähe zu Frankreich liegt, haben wir hierfür die besten Voraussetzungen und können Europa täglich leben. Vor allem aber werden wir uns dafür stark machen, dass die wesentlichen Punkte des Bewerbungskonzepts tatsächlich umgesetzt werden. Unser Motto muss ab sofort lauten: **Karlsruhe - Jetzt erst recht!**



Der Bundesgerichtshof, das höchste deutsche Gericht in Straf- und Zivilsachen, hat seinen Sitz im von Josef Durm 1897 für den Erbgroßherzog Friedrich erbauten Palais. 1944 zerstört, wurde das Gebäude 1950 wieder aufgebaut.

CDU-Fraktion zu Gast bei IHK

Zu einem umfassenden Gedankenaustausch traf sich die CDU-Fraktion mit Vertretern der IHK Karlsruhe.

Beide Seiten bedauerten dabei, dass Karlsruhe aus dem Wettbewerb um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2010" ausgeschieden ist, lobten aber zugleich die konzeptionell gute und originelle Bewerbung.

IHK-Präsident Bernd Bechtold nahm Stellung zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Er wies insbesondere darauf hin, dass eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei,

Die Vertreter der IHK mahnten im Hinblick auf die im Herbst anstehende Eröffnung des Einkaufszentrums Ettlinger Tor die umgehende Aufwertung der Kaiserstraße an. Die diesbezüglichen Ideen aus den städtischen Workshops müssten dringend umgesetzt werden. Wolfram Jäger versicherte, dass die CDU-Fraktion sich auch weiterhin für die Aufwertung der Kaiserstraße einsetzen werde. "Ziel muss es letztlich sein", erläuterte der Fraktionschef, "die Besucher des ECE auf die Kaiserstraße zu locken, denn nur so kann sichergestellt werden, dass ihr Stellenwert als Haupteinkaufsmeile erhalten bleibt." Bürgermeister Manfred Groh wies darauf hin, dass die Stadt hier bereits tätig geworden sei und verschiedene Vorschläge aufgegriffen habe. So werde z.B. der Platz an der Stephanskirche deutlich aufgewertet und der Bereich vor dem Breuninger-Kaufhaus umgestaltet.

Zum geplanten Factory-Outlet-Center in Roppenheim erklärte Bernd Bechtold, dass die IHK grundsätzlich zwar gegen die Errichtung desselben sei, das Vorhaben aber wohl nicht mehr verhindert werden könne. "Wir müssen deshalb überlegen, wie wir das FOC in die vor-

handene Struktur der Region einbinden können", sagte er. Mehrere Fraktionsmitglieder warnten erneut vor den möglicherweise erheblichen negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in der Technologieregion, die eine Eröffnung des FOC nach sich ziehen könne.

Auch das Antidiskriminierungsgesetz war Thema des Gesprächs und CDU-Bundestagsabgeordneter Ingo Wellenreuther forderte diesbezüglich nochmals die aktive Unterstützung der IHK gegen das Gesetz ein, denn letztlich werde dieses nicht "zu einer Mehr-Beschäftigung von Arbeitslosen, sondern lediglich zu einer Mehr-Belastung der Gerichte führen".

CDU-Fraktion zum Grünen Pfeil: Grüner Pfeil ist modernes Mittel der Verkehrslenkung!

Die CDU-Fraktion zeigt sich verwundert darüber, dass sich angerechnet die Fraktion der Grünen im Karlsruher Gemeinderat, die ihre Politik doch eigentlich immer allein nach dem Thema "Umweltschutz" ausrichtet, nun so vehement gegen die Grünpfeil-Regelung ausspricht.

"Der Grüne Pfeil führt zunächst dazu, dass der Verkehrsfluss insgesamt verbessert wird", erklärt Fraktionschef Wolfram Jäger. Gerade im innerstädtischen Bereich sei dies besonders wichtig, damit Staus bzw. unnötig lange Wartezeiten an roten Ampeln vermieden werden können. Deshalb habe sich die CDU-Fraktion auch immer für sogenannte intelligente Ampelschaltungen eingesetzt. Der Grüne Pfeil trage letztlich hierzu ebenfalls Erhebliches bei.

"Folge eines verbesserten Verkehrsflusses ist aber insbesondere, dass der Abgasausstoß der KFZ insgesamt verringert wird und somit ein Beitrag zur Optimierung der Luftqualität geleistet werden kann. Zugleich wird die Lärmbelastung erheblich vermindert", so Jäger weiter. Im Hinblick auf Umweltschutz sowie Wohn- und Lebensqualität dürften diese Punkte nicht unterschätzt werden.

Die CDU-Fraktion freut sich zudem darüber, dass Bürgerservice und Sicherheit (BuS) durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungskampagnen den Verkehrsteilnehmern vermittelt, welche Regeln am Grünpfeil zu beachten sind und dass der Grüne Pfeil kein Ersatz für ein vorausschauendes und rücksichtsvolles Fahrverhalten darstellt.



v.l.n.r.: IHK-Vizepräsident Detlef Wilser, IHK-Hauptgeschäftsführer Prof. Hans-Peter Mengele, CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger, IHK-Präsident Bernd Bechtold, Bürgermeister Manfred Groh (Foto: jodo)

sagte aber zu, dass seitens der Wirtschaft alles getan werde, um die notwendige Anzahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen.

Die Anwesenden waren sich darin einig, dass die Ausbildungssituation der Kinder und Jugendlichen verbessert werden muss, um diesen so einen einfacheren und schnelleren Start ins Berufsleben ermöglichen zu können. Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger forderte diesbezüglich auch die Unterstützung der Eltern ein, die letztlich für die Entwicklung und das berufliche Fortkommen ihrer Kinder die (Mit-)Verantwortung tragen würden.

Antrag der Stadträte Wolfram Jäger, Günther Rüssel und Manfred Bilger sowie der CDU-Fraktion:

Wohnsituation in Kleinseeäcker

Die Verwaltung legt dem Gemeinderat einen Bericht vor, der zum einen eine umfassende Prüfung der Wohnsituation im Gebiet Kleinseeäcker, zum anderen aber auch Vorschläge zu gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn(umfeld)verhältnisse enthält.

Begründung: Bei den Haushaltsberatungen am 1./2. März 2005 diskutierte der Gemeinderat auch über das Gebiet Kleinseeäcker in Oberreut. Erwähnt wurde dabei, dass sich dort Anwohner, insbesondere Familien, teilweise in schwierigen Wohnsituationen befinden. Gerade für Kinder sind Wohnqualität und Wohnumfeld jedoch unerlässliche Voraussetzungen für ein behütetes, altersgerechtes Heranwachsen und eine unbeeinträchtigte Entwicklung. In Bereichen, in denen dies nicht gewährleistet ist, sollten frühzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Wechsel in der CDU-Fraktion:

Schröder ausgeschieden, Erlecke nachgerückt

Da sie aus beruflichen Gründen ihren Hauptwohnsitz verlegen musste, schied **Elke Schröder** Anfang Januar 2005 aus dem Karlsruher Gemeinderat und damit der CDU-Fraktion aus. **Andreas Erlecke**, der bereits von 1999 bis 2004 Mitglied

des Gemeinderats war, rückte nach. Die CDU-Fraktion bedankt sich bei Frau Schröder für die in über fünf Gemeinderatsjahren schwerpunktmäßig in den Bereichen Kulturpolitik, Frauenförderung und Ausländerintegration geleistete Arbeit und wünscht ihr für die nun folgende (fast) politikfreie Zeit alles Gute!



Andreas Erlecke

Kaufmann
47 Jahre
Stadtrat von 1999-2004 und ab 2005
Schwerpunkte: Ausländer-, Kultur- und Verkehrspolitik
Betreuungsstadtrat für Nordweststadt und Mühlburg

Frankenthaler Straße 15
Tel. 4 90 80 55